

Lehrkräfte von außerunterrichtlichen Aufgaben entlasten – Sofort!

Das Berufsbild einer Lehrkraft besteht im Wesentlichen aus der Durchführung von Unterricht, der nach dem Deputats-Stundenmodell berechnet wird. An den berufsbildenden Schulen sind von einer Vollzeit-Lehrkraft pro Woche 24 Unterrichtsstunden zu halten, die vor- und nachbereitet werden müssen. In regelmäßigen Abständen müssen Leistungsnachweise von den Schülerinnen und Schülern eingefordert und bewertet werden. Wie John Hattie bereits in seiner Meta-Studie herausgearbeitet hat, ist das Feedback der Lehrkraft für die Lernenden von hoher Bedeutung für ihren Lernerfolg. Je intensiver das Feedback, desto wirksamer ist der Unterricht. Allein die beschriebene Anforderung würde genügen, um die wöchentliche Arbeitszeit einer Lehrkraft zu füllen, selbst dann, wenn man die Ferien in die Berechnung einbezieht und die in Rheinland-Pfalz für einen Beamten/eine Beamtin übliche Arbeitszeit von durchschnittlich 40 Zeitstunden als Maßstab nimmt. Jede zusätzliche, außerhalb des Unterrichts geforderte Tätigkeit erfolgt zwangsläufig auf Kosten der Qualität des Unterrichts, insbesondere des individuellen Feedbacks. Es bleibt weniger Zeit zur Vorbereitung und weniger Zeit zur Bewertung von Schülerleistungen.

Obwohl diese Feststellung kaum jemand bezweifeln wird, ist der Zeitaufwand für die Erledigung außerunterrichtlicher Aufgaben zwischenzeitlich weit über ein vertretbares Maß hinausgestiegen. Beispiele dafür, was im vergangenen Jahrzehnt an außerunterrichtlichen Aufgaben hinzukam, gibt es zur Genüge. Infolge der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2008 ist Inklusion eine wichtige Aufgabe, die von Lehrkräften beispielsweise die Erstellung von Förderplänen verlangt. Seit dem Jahr 2015 stellt uns die stetig hohe Zahl an Migrantinnen und Migranten mit sprachlichem Förderbedarf vor zusätzliche Herausforderungen. Hinzu gekommen ist eine ganze Reihe an sogenannten Querschnittsaufgaben, wie z. B. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Demokratiebildung. War die Heterogenität an berufsbildenden Bildungsgängen schon seit jeher ein Thema, so hat sie seit der Pandemie ein Ausmaß erreicht, dem nur durch ressourcenzehrende Differenzierung begegnet werden kann. Ebenso seit der Pandemie verzeichnen wir ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß bei den Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern, die einen hohen Zusatzaufwand, z. B. für die Erstellung von Nachschreibearbeiten oder das Einfordern von Entschuldigungen, mit sich bringen. Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, muss die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben noch intensiver geführt werden als in früheren Jahren. Als wäre das nicht schon genug, listet die neu erstellte Dienstordnung aus dem Jahr 2019 eine erschreckende Fülle weiterer außerunterrichtlicher Aufgaben auf, deren Durchführung in ihrer Summe schlichtweg nicht zu leisten ist. Die Fortschritte bei der Digitalisierung bis hin zu den Einsatzmöglichkeiten der KI-Programme bieten längst nicht die von Bildungspolitikern und -politikern erhoffte Entlastung. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die Aneignung der erforderlichen Kompetenzen zum Umgang mit den sich stetig weiterentwickelnden Programmen erfordert einen hohen zusätzlichen Zeitaufwand.

Die Fülle der Aufgaben führt dazu, dass Lehrkräfte einen Ausweg aus der Überlastungssituation suchen. Viele begeben sich in Teilzeit und die Zahl derjenigen, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, liegt auf hohem Niveau. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Lehramtsstudierenden ab und wir steuern

zunehmend auf eine angespannte Nachwuchssituation zu. Es entwickelt sich ein Teufelskreis, wenn aufgrund fehlender Lehrkräfte die Belastungen durch große Klassen, Vertretungsunterricht, usw. noch weiter steigen.

Wir fordern das Bildungsministerium auf, dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzuwirken. Dazu benötigen wir die Entlastung von allen außerunterrichtlichen Aufgaben, die stattdessen von multiprofessionellen Teams erledigt werden können.

Wir fordern:

- zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die sich um die Betreuung von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern kümmern,
- die Ausweitung schulpsychologischer Beratungsstunden für belastete Schülerinnen und Schüler,
- zusätzliche Stunden für Informatik-Fachkräfte, um einen zeitnahen Support bei Technik-Problemen zu gewährleisten,
- zusätzliche Kapazitäten in den Schulsekretariaten zur Entlastung der Lehrkräfte von administrativen Aufgaben (insb. Verwaltung der Fehlzeiten, Erstellung der Zeugnisse und der Protokolle von Gesamtkonferenzen und Dienstbesprechungen) sowie
- den Einsatz von FSJlern an berufsbildenden Schulen, um Lehrkräfte bei einfachen Arbeiten zu unterstützen.

Zudem fordern wir die Ausweitung von Planstellen in Verbindung mit einer wirksamen Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen, um der Belastung aufgrund fehlenden Lehrpersonals entgegenzuwirken.

Laut Berechnung von Professor Klemm werden ab dem Jahr 2030 die Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen zunehmen. Gleichzeitig gehen bis dahin viele Lehrkräfte in den Ruhestand. Der benötigte Nachwuchs muss sich deshalb bereits jetzt im Studium befinden, damit weiterhin genügend Lehrpersonal bereitsteht. Neben entsprechender Werbung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen müssen attraktive Konditionen, auch für Quereinsteiger, geboten werden, um mit den Angeboten aus der privaten Wirtschaft konkurrieren zu können. Dazu gehört auch der Abbau des Beförderungsstaus im höheren Dienst.

Unser Appell an die Landesregierung lautet deshalb, bereits jetzt alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Weichen für eine weiterhin starke berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz zu stellen.

